

FBP spricht sich für eine starke und stabile AHV mit Zukunft aus

VU-Initiative Sichere AHV-Renten: So eindeutig das Ziel ist, so unterschiedlich sind die Wege dazu. Für die FBP ist klar: Der jüngste VU-Vorstoss zur Stärkung der angeschlagenen AHV zielt in die falsche Richtung.

VON RETO FRICK

Die demografische Entwicklung in Liechtenstein zeigt eindeutige Tendenzen: Das Gleichgewicht zwischen Jung und Alt verschiebt sich immer stärker. Künftig werden weniger Junge für immer mehr ältere Personen aufkommen müssen. Dies geschieht über die Beiträge zur Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV). Auf die Dauer kann das nicht gutgehen – die AHV rutscht immer stärker in die roten Zahlen, wie sich auch am Beispiel der Schweiz zeigt. Der Landtag hat deshalb in einer Sitzung im Oktober 2011 beschlossen, einen zeitlich befristeten Landesbeitrag an die AHV auszurichten. Jetzt, rund ein halbes Jahr später im Landtag vom April 2012, haben Abgeordnete der Vaterländischen Union (VU) eine Initiative eingereicht. Sie wollen diesen Beschluss – genauer: die zeitliche Befristung des Betrages – rückgängig machen.

«Wurzel nicht angepackt»

Die Landtagsfraktion der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) lehnt diese Initiative der VU ab. Für Johannes Kaiser, Fraktionssprecher der FBP, ist sie zu kurz gedacht und würde die AHV nicht grundsätzlich stärken: «Durch den VU-Vorstoss wird nur der Staatsbeitrag gesprochen. Die Wurzel des Problems wird damit aber nicht angepackt.» Durch die VU-Initiative würde erheblicher Druck von der Regierung genommen, eine für die Zukunft wirksame Lösung zu finden, wie es in der Pressemitteilung der FBP vom 23. April heisst. Die blosserückgängigmachung des vom Landtag gefassten Beschlusses sei nicht

«Die Initiative der VU schafft keine Lösung.»

JOHANNES KAISER
FBP-FRAKTIONSSPRECHER

der richtige Weg, um zukunftsfähige Lösungen zu erarbeiten. Durch die Annahme der Initiative werde entsprechend keine Lösung geschaffen.

Strukturelle Analyse nötig

«Es wird bewusst der einfachste Weg eingeschlagen und dies im Bewusstsein, dass eine langfristige Aushöhlung der AHV-Kasse droht», heisst es in der Pressemitteilung weiter. Gemäss Johannes Kaiser bedeutet das: «In Zukunft werden immer weniger Erwerbstätige in die AHV einzahlen, um die Renten der immer zahlreicher werdenden Pensionierten zu finanzieren. Wie kann das die AHV gesichert werden?», fragt er rhetorisch. Umgehend gibt er gleich selbst die Antwort: «Das

geht nur durch eine tief gehende, strukturelle Analyse.»

Der falsche Weg

Mittels einer tief gehenden Analyse könnten auch unsere Kinder und Enkel in Zukunft auf eine starke AHV zählen. «Damit sie allerdings auch in zehn, zwanzig, dreissig und mehr Jahren gesicherte Altersrenten er-

halten, kommen wir nicht umhin, den Druck auf die Politik aufrechtzuerhalten, damit sie eine Lösung bis zum Jahr 2017 findet.» Die FBP verfolgt langfristige Lösungen für eine Sicherung der liechtensteinischen AHV. Der von der VU-Fraktion eingeschlagene Weg sei für dieses Ziel falsch; hier sei zu kurzfristig gedacht worden.



Sichere AHV-Renten in Liechtenstein: Ein herausforderndes Ziel, auch wegen der Bevölkerungsentwicklung (Foto: Archiv)

KOSTENANSTIEG

AHV: Die Ausgaben nehmen zu

Der Rentenbestand in Liechtenstein ist in den Jahren 2007 bis 2011 kontinuierlich gestiegen: von 17 607 auf 20 833. Ebenso stetig wuchsen die Ausgaben. Betrugten sie im Jahr 1954 noch rund 370 000 Franken, überschritten sie

1998 zum ersten Mal die 100-Millionen-Grenze. Per Ende 2011 beliefen sie sich auf mehr als 234,9 Millionen Franken. Im vergangenen Jahr wählten zudem sechs von zehn Personen den Rentenvorbezug; es wurden 1245 neue Altersrenten ausgerichtet. Das ist ein Plus von mehr als 200 Personen.

(Quelle: AHV-Jahresbericht 2011)